



Warum ist die Bewegung gegen das Rampal-Kraftwerk in Bangladesch gescheitert?

Anupam Debashis Roy, 24.02.2023

Vor fünf Jahre konnte eine breite Protestbewegung ein Kohlekraftwerk in der Nachbarschaft der Sundarbans, dem größten zusammenhängenden Mangrovengebiet der Welt und geschütztes UNESCO-Weltnaturerbe, stoppen. Doch der Sieg war nur kurz. Inzwischen hat die regierende Awami League in Bangladesch das Kraftwerk Rampal durchgesetzt. Warum war der Widerstand gegen Rampal erfolglos, wo andere Bewegungen erfolgreich waren? Der Artikel untersucht die Gründe dafür, vor allem die Rolle, die die Beteiligung lokaler Bevölkerungsgruppen an den Kämpfen und zudem Gemeinschaftssinn und Solidarität hatten, indem er frühere erfolgreiche Kämpfe mit dem Widerstand gegen das Rampal-Projekt vergleicht.

Am 17. Dezember 2022 nahm das Maitree Super Thermal Power Projekt in dem Bezirk Khulna, der drittgrößten Stadt Bangladeschs, die kommerzielle Stromerzeugung mit dem ersten von zwei geplanten Kraftwerksblöcken auf. Dies war ein wichtiger Meilenstein für ein Projekt, das für die Regierung von Bangladesch unter Sheikh Hasina von großer Bedeutung ist. Die Premierministerin hatte den ersten Block vor einigen Monaten zusammen mit dem indischen Premierminister Narendra Modi eingeweiht. Für Modi war dies ein diplomatischer Erfolg, um die guten Beziehungen seiner Regierung zu Dhaka hervorzuheben. Die Anlage ist ein Joint Venture zwischen den Regierungen von Indien und Bangladesch, ein indisches Staatsunternehmen erhielt den Zuschlag für den Bau. Das Ereignis war für Hasina nicht nur ein diplomatischer Triumph. Die Rampal-Anlage, wie sie allgemein genannt wird, ist das Symbol eines innenpolitischen Kampfes, den Hasinas Regierung gegen eine Umweltbewegung, die erbittert gegen das Projekt kämpfte, geführt und gewonnen hat.

Die von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokalen Protestgruppen angeführte Bewegung erreichte Anfang 2017 ihren Höhepunkt mit zahlreichen Protesten und Streiks, bei denen der Abbruch des Projekts gefordert wurde. Neben der Landenteignung richteten sich die Proteste vor allem gegen die Bedrohung der Sundarbans, des einzigartigen Mangroven-Ökosystems, das sich nur wenige Kilometer flussabwärts des Kraftwerks befindet. Zu den Unterstützer*innen der Bewegung gehörten städtische Gruppen aus der Mittelschicht wie das *National Committee on Protection of Oil, Gas, Mineral Resources, Power and Ports*, zahlreiche Umweltschutzgruppen und Mitglieder linkergerichteter Parteien. Auf lokaler Ebene, in Khulna und Umgebung, initiierte das *Rampal Bhumi Rokkha Sangram*

Committee den Widerstand. Doch trotz des jahrelangen Widerstands hat die Regierung Sheikh Hasinas das Projekt durchgesetzt.

In gewisser Weise war das Scheitern der Bewegung überraschend. Denn in Bangladesch gab es in jüngster Zeit erfolgreiche Bewegungen gegen staatlich gesteuerte Entwicklungsprojekte wie in Chunarughat und Phulbari. Die Anti-Rampal-Bewegung schien zunächst in der Lage, die zivilgesellschaftliche Erfolgsserie fortzusetzen. Warum ist sie also gescheitert? Fünf turbulente Jahre nach dem Höhepunkt der Bewegung und anlässlich der Inbetriebnahme des Kraftwerks ist diese Frage aktuell und wichtig. Das Verständnis der Dynamik der Rampal-Bewegung, insbesondere im Vergleich zu anderen erfolgreichen Widerstandsbemühungen der jüngeren Vergangenheit, bietet wichtige Erkenntnisse über die demokratische Mobilisierung in Bangladesch und darüber hinaus.

Die Macht des Gemeinschaftssinns

Der Historiker Ranajit Guha analysiert in seinem Buch *Elementary Aspects of Peasant Insurgency in Colonial India* (Zentrale Aspekte von Bäuer*innenaufständen im kolonialen Indien) die Bedingungen, unter denen lokale und bäuerliche Gruppen Widerstand aufbauen konnten und beschreibt die Bedeutung der Gemeinschaft für die bäuerliche Mobilisierung: "Gemeinschaftssinn (*samaj*) ist eine kategoriale Prägung des bäuerlichen Bewusstseins, und es gibt kaum eine Rebellion, wo sie nicht Antriebskraft war", schreibt er. Bäuerliche Aufstände im kolonialen Indien ließen sich häufig von den Aktionen ähnlicher Gruppen und von Mitgliedern ihrer Gemeinschaft inspirieren und gaben so den Anstoß zu ihrem eigenen lokalen Widerstand, beispielsweise der Santhal-Aufstand im Jahr 1855. Wenn eine Mobilisierung von einem Teil einer Gemeinschaft mit einem starken inneren Zusammenhalt ausgeht, greift sie oft auf andere Teile der Gemeinschaft über. Wo Klassensolidariät unter Bäuerinnen und Bauern herrscht, so Guhas Schlussfolgerung aus der Geschichte, können Rebellionen gestärkt werden. Auch die ethnische Zugehörigkeit ist eine wichtige Ursache für Solidarität innerhalb und mit anderen Bewegungen.

Am 26. August 2006 protestierten in Phulbari im Nordwesten Bangladeschs 50.000 Menschen gegen ein Vorhaben des britischen Unternehmens *Asia Energy*, Kohle im Tagebau zu fördern und ein Kohlekraftwerk zu errichten. Ursprünglich hatte die Regierung von Bangladesch 1994 eine Erkundungslizenz an das australische Unternehmen *BHP Minerals* vergeben, das sich jedoch gegen die Entwicklung eines Bergbaubetriebs entschied. 1999 wurden die Lizenzen von *BHP* an *Asia Energy PLC* übertragen, um Kohle abzubauen und ein Kohlekraftwerk zu errichten. Um Zugang zu den Kohlevorkommen zu erhalten, hätten mit schwerem Gerät riesige Tagebaugruben ausgehoben werden müssen. Das wiederum hätte die Vertreibung der Menschen aus ihren Häusern und von ihrem Ackerland erforderlich gemacht. Damals eröffneten Sicherheitskräfte das Feuer auf Demonstrant*innen, töteten fünf Menschen und verletzten viele andere. Daraufhin kam es zu einer massenhaften Empörung und einem landesweiten Aufruhr, der damit endete, dass die Regierung die Aktivitäten von *Asia Energy* vor Ort aussetzte und die Einzelheiten des Bergbauabkommens überprüfte.

Am 30. August war die damalige Regierung unter Führung der *Bangladesh Nationalist Party* nach tagelangen Streiks, Kundgebungen, Demonstrationen und Blockaden gezwungen, eine Vereinbarung zu akzeptieren, bei der sich die Bevölkerung, repräsentiert durch ein Nationales Komitee zum Schutz von Ressourcen, und die Regierung von Bangladesch auf ein Abkommen einigten, das als "Phulbari-Abkommen" bekannt wurde. Es sah vor, dass das Phulbari-Kohleprojekt aufgegeben und *Asia Energy* des Landes verwiesen wurde. Außerdem wurde der Tagebau im Land nicht mehr zugelassen. Darüber hinaus sollen in Zukunft die Abbaumethoden und andere Maßnahmen zur Erschließung und Nutzung der Kohle erst nach umfassender Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung und unter Wahrung der nationalen Interessen beschlossen werden.

Dies war eine der größten Bewegungen gegen Landenteignungen in Bangladesch in jüngster Zeit und ein Beispiel für die Mobilisierung von Gemeinschaften gegen Regierungsinitiativen, die Menschen vertreiben. Der Landbesitz spielte eine entscheidende Rolle bei der Formierung des lokalen Widerstands gegen das Bergbauprojekt, da die meisten Menschen, die sich am Widerstand beteiligten, möglicherweise dadurch vertrieben worden wären. Der Grund dafür, dass sie ihr Leben riskierten, um die Errichtung des Bergwerks zu verhindern, war ihr Landbesitz. Auf einer eher mikroökonomischen Ebene führten auch Ängste im Zusammenhang mit dem Verlust des *samaj*, der Solidarität, die durch die sozialen Beziehungen der Generationen geprägt ist, zu Aktionen. Das Bergwerk bedrohte den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Bewohner*innen der Region Phulbari. Um ihr zu verteidigen, schlossen sie sich dem Protest an.

Ein weiteres Beispiel ist die Bewegung gegen die Errichtung einer Sonderwirtschaftszone in Chunarughat, im Nordosten von Bangladesch, für die die Regierung den Teebauern das Land wegnehmen wollte, das ihnen von der Teefirma, für die sie arbeiteten, zugewiesen worden war. Die Arbeiter hatten keine Rechtstitel auf dieses Land, und die Regierung hatte das Recht, es zu erwerben, da es sich offiziell um öffentliches Land (*khas*) handelte, das an das Unternehmen verpachtet worden war. Nachdem die Teearbeiter*innen protestiert hatten, schlossen sich andere Arbeiter*innen in der Region dem Widerstand an, später auch linksnationale Intellektuelle und Aktivist*innen, viele von ihnen unter dem Banner des Nationalen Komitees zum Schutz der Ressourcen. Angesichts des überwältigenden Widerstands stoppte die Regierung das Projekt vorerst, wenn auch die Möglichkeit eines künftigen Vorhabens zum Bau der Sonderwirtschaftszone bestehen bleibt, da das Land offiziell noch nicht den Teebäuer*innen gehört. Auch in diesem Fall hatten die Arbeiterinnen und Arbeiter, die zumeist derselben ethnisch-sozialen Bevölkerungsgruppe angehörten, bereits ein starkes Gemeinschaftsgefühl und verfügten über frühere Erfahrungen in der Organisation des Widerstands in ihren Kämpfen mit der Teefirma und der Verwaltung der Teeplantagen. Sie waren in der Lage, diese Erfahrung in ihre Proteste gegen den Staat einfließen zu lassen.

Der Mangel an "Einheimischen" im Widerstand von Rampal

Im Vergleich zu Phulbari und Chunarughat waren die Einwohner von Rampal, wo sich das neue Kraftwerk befindet, aufgrund des Zerfalls ihres Zusammenhalts und einer schwächeren kulturellen Bindung an ihr Land im Nachteil. Um diese Bewegung zu verstehen, habe ich innerhalb von zwei Jahren Interviews mit Schlüsselfiguren der Bewegung geführt und war auch selbst an der Bewegung direkt beteiligt, wenn auch nur am Rande. Die Aktivist*innen, die ich befragte, stellten fest, dass die hohe Zahl der Migrant*innen in der Region aus anderen Dörfern der Gegend bedeutete, dass es in Rampal kaum jemanden gab, der "einheimisch" war, da die Einheimischen bereits vertrieben worden waren. Anders als in anderen ländlichen Regionen, wo vorwiegend Reis angebaut wird, werden in Rampal hauptsächlich Garnelen in Salzwassergehegen gezüchtet. Die großflächige Garnelenzucht, die größtenteils in den 1980er Jahren begann, hat die etablierten Landbeziehungen und den traditionellen *samaj* zerstört. Die Bevölkerung wurde aus ihren traditionellen landwirtschaftlichen Berufen verdrängt und wandte sich anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten zu, darunter auch dem Sammeln von Honig in den Sundarbans.

Durch das Eindringen von Salzwasser verlor das Ackerland an Produktivität, Felder, die an die Garnelenfarmen angrenzten, verloren an Fruchtbarkeit. Die Garnelenfarmen, die an die Stelle der Felder traten, warfen aufgrund der schwachen Nachfrage auf dem internationalen Markt weniger Gewinn ab. Infolgedessen fielen die Grundstückspreise in der Region. Als die Regierung Land für das Kraftwerk erwerben wollte, waren Landbesitzende froh über jede Art von Entschädigung für ihr Land.

Es gab noch andere Hindernisse für eine Solidarisierung. Auf dem Land, das für die Anlage vorgesehen war, lebten verschiedene Gruppen von Menschen. Eine Gruppe waren die Fischer, in der Regel Angehörige der hinduistischen Minderheit in Bangladesch, die seit Langem in dem Gebiet lebten und Landtitel besaßen. Sie arbeiteten auch als

Landarbeiter*innen in den Garnelengehegen oder als informelle Arbeitskräfte in anderen Berufen. Meist hatten sie keine eigenen Farmen, besaßen aber das Land. Beim Landerwerb durch die Regierung erhielten sie eine Entschädigung und waren froh, weggehen zu können. Für sie bestand kein Anreiz, sich zu wehren, da sie das Land nicht als wertvoll betrachteten.

Eine andere Gruppe war der landbesitzende Mittelstand, der die Garnelengehege und die Reisfarmen besaß und betrieb. Sie lebten zwar nicht ständig in der Region, waren aber aufgrund von Geschäftsinteressen dort präsent. Der örtliche Abgeordnete hatte ihnen zunächst versprochen, dass sie nicht enteignet würden, was sich später als falsch erwies. Die meisten waren auch mit der Höhe der angebotenen Entschädigung nicht zufrieden und wollten ihre Lebensweise nicht aufgeben. Diese Gruppe gründete das *Bhumi Rokkha Committee*.

Eine weitere Gruppe bildeten die Wanderarbeiter*innen, darunter landlose Bäuer*innen und Tagelöhner*innen. Sie waren größtenteils auf die Arbeit in den Garnelfarmen angewiesen und stellten die größte Gruppe von Unterstützer*innen des Komitees dar und nahmen mit großem Enthusiasmus an den Sitzungen teil. Sie waren ziemlich verzweifelt, weil sie wussten, dass sie keine direkte Entschädigung von der Regierung erhalten würden. Doch während sie das Kraftwerk stoppen wollten, bestand das Hauptziel des Komitees darin, von der Regierung eine beträchtliche Entschädigung für die Landeigentümer zu erhalten.

Die mittlere Führungsebene des Komitees verließ die Bewegung, nachdem sie eine etwas höhere Entschädigung erhalten hatte, als sie ursprünglich gefordert hatte. Die Landlosen, die von vornherein an den Rand gedrängt waren, waren nun auf sich allein gestellt. Viele von ihnen waren Angehörige der Hindu-Minderheit und gehörten zu den am stärksten unterdrückten Klassen und Kasten unter den Hindus in Bangladesh, zudem gab es eine große Gruppe landloser Muslime. Diese Personengruppen, die es nicht gewohnt waren, sich als Kollektiv zu sehen, waren nicht in der Lage, einen *samaj* zu gründen. Stattdessen wurden sie unter der Führung solventer Geschäftsleute mobilisiert, die ganz andere Bedürfnisse hatten als sie selbst. Als Landlose fehlten ihnen außerdem tiefe kulturelle oder traditionelle Bindungen an diesen Ort. Aus diesen Gründen war diese Gruppe nicht in der Lage, sich zu vereinen und zu mobilisieren, auch wenn sie zahlenmäßig die größte betroffene Gruppe darstellte.

„Entwicklung“ versus Sundarban

Viele Anti-Rampal-Aktivist*innen, insbesondere nationale linke Intellektuelle, brachten regelmäßig Umweltbedenken vor - wie die Möglichkeit des sauren Regens, die Gefahren, die durch Havarien von Kohlekähnen in den Flüssen in der Nähe des Kraftwerks ausgingen, und die Schädigung der Tierwelt und der Wälder durch den Smog der Stromerzeugung. Auch viele Einheimische sahen die Umweltbedrohung durch das Kraftwerk für die Sundarbans. In Interviews mit dem Nationalen Journalist*innenkomitee in der Region Rampal erklärten viele wiederholt, dass die Sundarbans ein Geschenk Allahs seien und ein nationales Gut, das geschützt werden müsse. Dennoch gelang es den Umweltaktivist*innen nicht, die Menschen in Rampal gegen diese Bedrohung zu mobilisieren, anders als in Phulbari, wo ökologische Belange im Mittelpunkt des lokalen Widerstands standen.

Nach Ansicht der Forscherin und Aktivistin Maha Mirza, die sich auf ihre Erfahrungen mit der Phulbari-Bewegung stützt, muss der Anstoß für eine Bewegung wie die in Phulbari aus dem Unmut über die Landenteignung kommen. In Rampal fehlte also dieser erste Schritt der Mobilisierung. Sowohl Maha Mirza als auch der politische Aktivist Baki Billah, die sich in der Rampal-Bewegung stark engagierten und sowohl städtische als auch ländliche Interessen vertraten, sagten, dass die linken Parteien und das Nationale Komitee aufgrund der Schwäche der Organisationsstrukturen nicht in der Lage waren, die lokale Bevölkerung angesichts der Umweltbedrohungen zu mobilisieren. Insgesamt gab es für die Einheimischen nicht genügend Anreize, sich für Umweltbelange einzusetzen, weil die Regierung Zwang ausübte und weil der unmittelbare Nutzen der "Rettung der Mangroven" nicht greifbar war. Baki Billah sagte: "Viele der

Einheimischen lehnten des Projekts ab, hielten es aber nicht für angebracht, ihre Sicherheit zu riskieren, indem sie sich den Protesten gegen die lokalen Machthaber anschlossen, nur um die Sundarbans zu schützen, deren Bedrohung viele von ihnen nicht begriffen hatten."

Um die Behauptungen der Umweltschützer*innen zu widerlegen, startete die Regierung eine massive Propagandakampagne, um die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. Dazu gehörten Werbespots im nationalen Fernsehen und vieles mehr. Mit unverständlichen Begriffen wie "mehrstufige Abwasserreinigungsanlage", "überkritische Kesseltechnologie" und so weiter wurde behauptet, dass das Rampal-Kraftwerk durch den Einsatz fortschrittlicher Technologie fast völlig umweltverträglich sei. Mehrere Expert*innen bezeichneten diese Behauptungen als betrügerisch und forderten einen Stopp der Werbekampagnen, aber die Öffentlichkeit begann bald, die Behauptungen zu glauben oder weniger auf die Gegenargumente des Nationalen Komitees zu reagieren. Andere, viele von ihnen aus der Mittelschicht, argumentierten, dass die Entwicklung der Industrie das allerwichtigste sei und dadurch alle Probleme wie Arbeitslosigkeit und Gangstertum verringert würden. Sie behaupteten sogar, die Aktivist*innen des Nationalen Komitees würden von der Opposition bezahlt, um die Regierung der Awami-Liga in Misskredit zu bringen.

Während die meisten Einheimischen davon überzeugt waren, dass das Projekt die Umwelt schädigen und die Sundarbans zerstören würde, gab es auch gegenteilige Ansichten. Die meisten erkannten die Notwendigkeit der Stromerzeugung an, waren jedoch der festen Überzeugung, dass dies nicht auf Kosten der Sundarbans geschehen dürfe. Der Slogan des Nationalen Komitees, es gäbe Alternativen für das Kraftwerk, aber keine Alternativen für die Sundarbans, wurde in der Region oft wiederholt.

Die örtlichen Landbesitzenden profitierten direkt von der Errichtung des Kraftwerks, da die Grundstückspreise in dem Gebiet durch dessen Inbetriebnahme exponentiell anstiegen. Einige örtliche Gruppen glaubten, überzeugt von der Rhetorik der Regierung, dass das Kraftwerk Entwicklung und neue Arbeitsplätze in die Region bringen würde. Einige sind immer noch davon überzeugt, dass sie oder ihre Kinder Arbeitsplätze in den Industrien erhalten werden, die ihnen im Zusammenhang mit dem Kraftwerk versprochen wurden.

In der Region war auch eine komplexe politische Dynamik im Spiel. Die lokalen linken Parteien sind eng mit der regierenden Awami-Liga verbündet. Daher hielten sie sich mit der Unterstützung der Bewegung zurück, die im Wesentlichen gegen die Regierung und damit gegen die Awami-Liga gerichtet war. Es gab auch ein Element der Angst und des Misstrauens innerhalb der lokalen Gemeinschaft. Nach Angaben der von mir befragten Einheimischen hat die Regierungspartei in und um Rampal ein unausgesprochenes Schweigegebot in Bezug auf das Kraftwerk verhängt, und die Führer der Awami-Liga haben die Bauern und Bäuerinnen daran gehindert, in dem Gebiet zu arbeiten, wenn sie sich an der Bewegung beteiligten. Berichten lokaler politischer Führer*innen zufolge wurden Aktivist*innen von der Polizei geschlagen und eingeschüchtert, als sie versuchten, sich in zu organisieren.

Sushanta Das, Leiter des Bhumi Rokkha Committee, erklärte in einem Interview, dass der Mangel an externer Unterstützung der Hauptfaktor sei, der die Bewegung einschränken würde. Er beklagte, dass er von den Oppositionsparteien kaum Unterstützung erhielt und dass die Polizei mit der Zeit immer rücksichtsloser wurde. "Viele meiner Kamerad*innen wurden inhaftiert, und von der Regierungspartei unterstützte Schläger terrorisierten die örtliche Gemeinschaft", sagte Sushanta. Er behauptete, dass die Einheimischen über Umweltschäden besorgt waren, aber nicht bereit waren, etwas zu riskieren, um sie aufzuhalten.

In einem anderen Interview wiederholte ein Einheimischer fast wörtlich die Umweltforderungen der Anti-Rampal-Aktivist*innen. Er beklagte sich darüber, dass die Regierung Leuten wie ihm nicht erlaube, Proteste zu organisieren, und befürchtete, dass er sofort verhaftet würde, wenn er sich äußere. Und weil die Oppositionsparteien nicht auf die Straße gingen, müsse die Regierung nicht auf die Meinung der Menschen Rücksicht nehmen. Kritiker werfen der Awami-Liga-

Regierung vor, sie habe Widerspruch und Opposition unterdrückt, auch von ihrem Hauptrivalen, der Bangladesh Nationalist Party.

Die gleiche Einschüchterungstaktik wurde auch bei den Protesten in Phulbari und Chunarughat angewandt. Bei diesen Bewegungen hatte man jedoch nie das Gefühl, dass die lokalen Gemeinschaften Schutz oder Hilfe von nationalen politischen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen benötigten.

Das Fehlen eines Gemeinschaftssinns und einer Bindung an den Boden waren entscheidende Faktoren für die Entmachtung der lokalen Gemeinschaft in Rampal. Wenn Guha mit seiner Analyse recht hat, hätten die Vertriebenen in Rampal einen viel stärkeren Protest organisieren können, wenn sie eine stärkere Solidarität empfunden hätten. Die Menschen vor Ort glaubten, dass sie ohne externe Unterstützung keinen Widerstand leisten könnten. Die Regierung bediente sich Berichten zufolge einer Taktik der Nötigung und Einschüchterung, die aufgrund der mangelnden Solidarität zwischen den verschiedenen Fraktionen der Bewegung funktionierte. Gleichzeitig wurde mit einer massiven, von der Regierung finanzierten Propagandakampagne gegen die Bedenken zum Umweltschutz vorgegangen. Der Staat demotivierte auch einige der lokalen Führer*innen, indem er ihnen mehr als die erwartete Entschädigung für Land zahlte und andere mit Versprechungen über Entwicklung und Industrie lockte. All diese Faktoren trugen zur mangelnden Mobilisierung der lokalen Bevölkerung gegen das Kraftwerksprojekt in Rampal bei - und damit auch zum Scheitern der Bewegung insgesamt.

Übersetzung: Christa Wichterich

Der Autor

Anupam Debashis Roy ist ein unabhängiger Autor und Forscher. Er berichtet über Bangladesch.

Quelle

Dies ist die leicht gekürzte Fassung eines Beitrags, der in *Himal Southasian* am 24.02.2023 erschien.

V.i.S.d.P.:

Jean Donauer

c/o Bundeskoordination Internationalismus (BUKO)

Sternstr. 2

20357 Hamburg

speak.up@globe-spotting.de

Hrsg.: Redaktionsnetzwerk Südasiens

Speak Up! ist eine Medieninitiative des unabhängigen

Redaktionsnetzwerk Südasiens in Kooperation mit

dem Themendienst Globe Spotting

GLOBE SPOTTING

Themendienst
Reportagen & Analysen

